Achtung: Dies sind keine Musterlösungen, sondern Lösungsvorschläge von Studierenden!
Wir danken den Studierenden für das Engagement.
Die Vorschläge wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes anonymisiert.

Lösungsvorschläge zur Übungsklausur der Vorlesung „Globalisierung und Multinationale Unternehmen“ FS 2016

Lösungsvorschlag A:

1.

a) Die vier Funktions- und Legitimationsbedingungen, welche Habermas dem Verfassungsstaat als Idealtypus gesellschaftlicher Integration zugrunde legt, sind die folgenden:

Das erste Merkmal, «Souveränität und Gewaltmonopol», ist so zu verstehen, dass der Staat mit seiner Ordnungs-, Durchsetzungs- und Sanktionsfunktion von der Gesellschaft getrennt ist. Jedoch hat er für eine faire Umverteilung und damit für chancengleiche Bürger zu sorgen. Zusammen mit dem zweiten Merkmal, dem «Territorialprinzip», welches auf die räumlichen Grenzen der Machtausübung verweist, werden die Mindestanforderungen für Staatlichkeit gebildet. Darüber hinaus zeichnet sich das Modell durch «Legitimation durch demokratische teilhabe» aus. Das heisst, dem Bürger kommt sowohl die negative (also das Recht auf Abwehrhaltung und Kontrolle gegenüber dem übermächtigen Staat), als auch die positive (das Privileg der Beteiligung an der Gestaltung der politischen Rahmenordnung) Freiheit zu. Das letzte Merkmal der «Integration durch nationale Identität» schliesslich, bildet das kulturelle Substrat einer Gesellschaft und führt zur Ausbildung staatsbürgerlicher Solidarität.

b) Im Zuge der Globalisierung sieht sich die nationalstaatliche Integration jedoch durch die folgenden vier Problemquellen gefährdet:

Durch die Globalisierung ist ein «Verlust der Besteuerungsfähigkeit» zu beobachten. Der Nationalstaat sieht sich einerseits mit den wachsenden Ansprüchen seiner Stakeholder, vor allem der wertschöpfenden Unternehmen, in Bezug auf die Infrastruktur und die Bereitstellung öffentlicher Güter, konfrontiert. Andererseits entgleitet ihm immer mehr die Fähigkeit, das erzeugte Kapital zu besteuern. So könnte langfristig die Finanzierungsquelle für das Aufrechterhalten und Ausbauen einer kompetitiven, wohlfahrtssteigernden Infrastruktur versiegen.

Ein weiteres Problem stellt der «Verlust der Kongruenzbedingung nationalstaatlichen Regierens» dar. Nicht nur fallen politischer und gesellschaftlicher Raum mehr und mehr auseinander. In der globalisierten Wettbewerbswirtschaft suchen sich Unternehmen auch ihren Standort, und damit die für sie geltende Rechtsordnung, nach ökonomischen Effizienzüberlegungen aus. Die Staaten befinden sich automatisch in einem Standortwettbewerb.

Die mit der Globalisierung einhergehenden Migrationen und Immigrationen, führen zu einer «Erosion staatsbürgerlicher Solidarität und Toleranz». Durch den Einfluss zahlreicher Kulturen erodiert die grundlegende, identitätsstiftende Wertebasis. Als Folge dessen, ist ein Wandel von Herkunfts- hin zum Verfassungspatriotismus festzustellen.

Auch die «Politik globaler Substandards» stellt eine Problemquelle dar und verschärft den Standortwettbewerb. Im sogenannten «Race to the bottom» unterbieten sich, vor allem Drittwelt- und Entwicklungsländer, in ihren gesetzlichen Rahmenbedingungen gegenseitig. Eine nachhaltige, stetige Entwicklung aus eigener Kraft wird so dem kurzfristigen Buhlen um potentielle, eigennützige Arbeitgeber untergeordnet.

All diese Problemquellen bestärken schliesslich die Befürchtungen hinsichtlich der Integrationsfähigkeit des Nationalstaates. Sowohl eine Funktionskrise – das bedeutet sowohl schwin-

dende Steuerungseffizienz als auch verminderte Fähigkeit zur Koordination gesellschaftlicher Integration – als auch eine Legitimationskrise – durch den sinkenden Einfluss auf den gesetzlichen Gestaltungsprozess von jenen, die effektiv von den daraus folgenden Externalitäten betroffen sind – sind die Folgen für den Nationalstaat.

c) Die Diskursethik nach Habermas1 ist ein philosophisches Prinzip. Ihm liegt die idealtypische Vorstellung der «ideal speech situation» zu Grunde, in der alle betroffenen Anspruchsgruppen offen, zwanglos und sachverständig mit einander in einen Diskurs treten, bei dem alleine die Gewichtigkeit der Argumente, nicht aber die Machtverhältnisse der Akteure entscheidend sind. So werden in der Theorie, unter Reflexion des Status Quo, begründete Prinzipien erarbeitet und Legitimationsdefizite behoben. Ist diese Vorstellung zweifellos wünschenswert, stösst sie in der Praxis schnell an die Grenzen ihrer utopischen Annahmen. In politischen Debatten kann kaum je von einer idealen Sprechsituation die Rede sein. Auch gilt es, die alltäglichen Routinen der politischen Prozesse zu berücksichtigen – nicht jedes einzelne Problem kann durch den Diskurs mit sämtlichen Anspruchsgruppen gelöst werden. Ein «pragmatic shift» ist gefragt. Das Konzept der deliberativen Demokratie, gemäss Habermas2, stellt eine praxiskompatible, realistische Lösung dar, in der sowohl normative Diskurse als auch ökonomische, politische Praktiken Platz finden. Dabei werden die heterogenen Wertvorstellungen und Lebensstile, als Folge der Globalisierung, antizipiert und mittels kommunikativer Prozesse ein gemeinsames Verständnis von Demokratie erzeugt. Der Demokratie wird somit das Primat über die Philosophie zugesprochen. Ausserdem wird berücksichtigt, dass Politik sich nicht nur auf den eigentlichen Wahlakt beschränkt. Vielmehr ist man sich der Tatsache bewusst, dass Politik auch ausserhalb der Institutionen stattfindet und dass sowohl die Willensbildung als auch die individuellen Präferenzen nicht nur von politischen, sondern auch von ökonomischen und privaten Akteuren beeinflusst werden können. So erfasst Habermas2 die politische Aktivität nichtstaatlicher Akteure und schliesst gegenwärtige Lücken in derGlobal Governance Struktur.

Achtung: Dies sind keine Musterlösungen, sondern Lösungsvorschläge von Studierenden!
Wir danken den Studierenden für das Engagement.
Die Vorschläge wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes anonymisiert.

Lösungsvorschlag B:

Aufgabe 1

Auf die Globalisierung, der Prozess einer weltweiten Vernetzung von ökonomischen und sozialen Aktivitäten gibt es verschiedene Perspektiven (globalisierungsfreundliche wie globalisierungsskeptische). Jürgen Habermas und Ulrich Beck vertreten die skeptische Perspektive und sind der Ansicht, die Globalisierung führe zu einer Funktions- und Legitimationskrise des Nationalstaates. In der Teilaufgabe a) wird auf den demokratischen Verfassungsstaat, der von Habermas als Idealtypus gesellschaftlicher Integration charakterisiert wird, eingegangen. In Teilaufgabe b) werden dann die Problemquellen der nationalstaatlichen Integration im Rahmen der Globalisierung thematisiert. Schliesslich wird in Teilaufgabe c) die unmittelbare Anwendung der Diskursethik zur Behebung der Legitimationskrise diskutiert.

Teilaufgabe a)
Die vier Merkmale des demokratischen Verfassungsstaats:

1. Territorialprinzip
2. Souveränität und Gewaltmonopol
3. Legitimation durch demokratische Teilhabe
4. Integration durch nationale Identität

Der Nationalstaat ist eine formale Institution der Gewaltausübung, welche auf ihrem Territorium Regeln setzen und durchsetzen kann. Getrennt von der Gesellschaft hat er das Gewaltmonopol, kann Steuern erheben und für Chancengleichheit der Bürger sorgen (Umverteilung und Bereitstellung öffentlicher Güter). Durch ihre gemeinsame nationale Identität soll eine staatsbürgerliche Solidarität ausgebildet werden (Zusammengehörigkeitsgefühl). Der Staat wird dann noch durch die demokratische Teilhabe der Bürger legitimiert. Das heisst durch freiwilligen Verzicht auf vollkommene Freiheit (negative Regeln) und politische Partizipation (Wahlen). Die Republik verfolgt zudem die folgenden Ziele; Regieren, Sicherheit des Friedens, Identität, Legitimation und Solidarität und soziale Wohlfahrt.

Teilaufgabe b)
Problemquellen nationalstaatlicher Integration:

1. Verlust der Kongruenzbedingung von Nationalstaat
2. Verlust von Besteuerungsfähigkeit
3. Erosion Staatsbürgerlicher Solidarität und Toleranz
4. Politik globaler Substandards

Jede Problemquelle hat sowohl Elemente der Funktionskrise sowie der Legitimationskrise. Die offensichtlichste Problemquelle ist der Verlust der Kongruenzbedingung. Der Nationalstaat verliert an Handlungsspielraum, weil die Kongruenzbedingung wegfällt. Während MNUs mobil sind, sind ist der Nationalstaat auf sein Territorium gebunden. Dadurch haben die Unternehmen neu die Auswahl zwischen verschiedenen Rechtssystemen. Gemäss Prinzip der Gewinnmaximierung werden Standorte gewählt, die kostengünstig sind. Zum Beispiel sind sogenannte „Failed States“ attraktive Verlagerungs-/Outsourcing Orte, da sie weniger

restriktive Umweltauflagen und Arbeits-/Sozialstandards haben. Eine Unterkategorie dieser Problemquelle ist der Verlust von Besteuerungsfähigkeit. Die Systemkonkurrenz verhindert, dass Rahmenbedingungen restriktiv durchgesetzt werden. Deswegen wird die Besteuerung des Kapitals erschwert, denn MNUs können auf verschiedenen Wegen (z.B. Profit shifting) ihre Steuern optimieren. Gleichzeitig steigen aber die Staatsausgaben wegen zunehmender Arbeitslosigkeit (Arbeit wird ausgelagert in Low Cost Countries.) Auch die Erosion staatsbürgerlicher Solidarität und Toleranz stellt ein Problem dar. Weil durch die erhöhte Mobilität immer mehr multikulturelle Gesellschaften mit verschiedenen Werten und Normen entstehen, muss vom Herkunftspatriotismus auf den Verfassungspatriotismus gewechselt werden. Schliesslich besagt die Politik globaler Substandards, dass es ein Race to the bottom gibt. Die MNUs betreiben Lobbying und nehmen Einfluss auf die politischen Entscheide, ohne dass die Bevölkerung was zu sagen hat (Legitimationskrise). Die Staaten konkurrieren gegenseitig und bieten tiefere Steuern, schlechtere Arbeitsstandards an, was zu Arbeitslosigkeit in Industriestaaten und Sweatshop Bedingungen in Entwicklungsländern führt; KMUs müssen die Steuern zahlen anders als viele MNUs und die Effizienzvorteile werden ungleich verteilt.

Teilaufgabe c)
Die Diskursethik von Habermas ist ein CSR-Ansatz, der versucht, die Legitimitätskrise zu beheben. Die Legitimität soll im Verlaufe des idealen Diskurses entstehen. Die Ideale Sprechsituation ist gegeben, wenn allein die Macht des besseren Arguments zählt (Verständlichkeit, Wahrheit, Normative Richtigkeit und Wahrhaftigkeit sind eine Voraussetzung); es also keine Drohungen oder ähnliches gibt. Dabei sollen nicht wie im positivistischem Ansatz generell gegebene Annahmen übernommen werden, sondern auch diese kritisch diskutiert werden. Das Ziel ist es, einen Konsens zu schaffen. Es gibt eine Reihe von Gründen, weshalb die Diskursethik alleine nicht zur Lösung der Legitimitätskrise führt. 1. Es gibt oft keinen Konsens, sondern lediglich einen Kompromiss. 2. Ein solcher Diskurs ist sehr zeitaufwändig, ist zu teuer, eine sprachlose Koordination über die Handlungsfolgen anstatt über die Handlungsintentionen wie bei der Marktkoordination ist effizienter. 3. Alle Stakeholder können nicht miteinbezogen werden. 4. Die Unternehmen müssen neben ihrem „Licence to act“, die sie durch Legitimität erhalten, auch noch konkurrenzfähig bleiben, weshalb ein manipulationsloser Diskurs unmöglich ist. Zusammengefasst ist der Habermas 1- Ansatz zu utopisch. Der deliberative Demokratie und Habermas 2 CSR-Ansatz hingegen stellt ein realistischeres Konzept dar. Er nutzt einerseits das Preissystem zur gesellschaftlichen Koordination, andererseits sollen Elemente des Diskurses (nicht idealer Diskurs verlangt) aus dem Habermas 1-Ansatz übernommen und so die marktliche Koordination in demokratische Politik eingebettet werden. Es soll mehr über die politischen Aktivitäten mit verschiedenen Akteure gesprochen werden, das Unternehmen soll deshalb auch nicht mehr isoliert als ökonomischer Akteur verstanden werden. Wie bei der demokratischen Corporate Governance, wo Unternehmen Stakeholder in ihre Entscheidungsprozesse miteinbeziehen, sollen hier auch verschiedene Perspektiven einfließen und zu sinnvolleren Lösungen führen. Unternehmen, Internationale Organisationen, NGOs (haben bei „guter“ , transparenter Practice Input sowie Throughput-Legitimität), und Staaten (demokratische Legitimität) sollen kooperativ handeln. Durch eine langfristige Zusammenarbeit kann wieder Legitimität (in verschiedener Form, auch demokratische, da die Bürger durch den Staat und Zivilgesellschaftliche Organisation auch zu einem gewissen Grad Mitsprachemöglichkeit haben) aufgebaut werden.